

reicht und Geschenke an den Parteitag mitgebracht, darunter einen Geräteschlepper „Maulwurf“ vom IFA-Schlepperwerk Schönebeck, einen IFA-Kombinationswagen für Korea vom Kraftfahrzeugwerk Audi Zwickau, einen Traktorenkühler Typ „Pionier“ vom Blechverformungswerk Leipzig für eine Maschinentraktorenstation.

(Die Delegierten erheben sich von den Plätzen und spenden erneuten stürmischen lang anhaltenden Beifall.)

Wir setzen die Verhandlungen fort. Als erste Rednerin hat das Wort Genossin Hilde Benjamin, Minister für Justiz der Deutschen Demokratischen Republik.

*Hilde Benjamin* (Berlin) (Mit Beifall begrüßt.): Genossen und Genossinnen! Genosse Walter Ulbricht hat unseren Staat der Arbeiter und Bauern als einen Staat gekennzeichnet, dessen Wesen entscheidend durch seine demokratische Gesetzlichkeit bestimmt ist. Sie drückt sich aus in der Gesamtheit unserer Rechtsordnung, die von allen Funktionären in Staat und Wirtschaft, gesellschaftlichen Organisationen, von jedem Bürger einzuhalten und im Interesse der Werktätigen anzuwenden ist. Das bedeutet, daß die Wahrung der demokratischen Gesetzlichkeit keineswegs auf die Organe der Justiz beschränkt ist, sondern das gesamte staatliche, wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben durchdringen muß.

Genosse Wyschinski wies darauf hin, daß den Gerichten als staatlichen Organen besondere Bedeutung zukommt. Das Proletariat, sagte er, benötigt das Gericht und das Gesetz.

Ich möchte daher einiges zu der Frage sagen, inwieweit es unseren Gerichten gelungen ist, als Organe des Arbeiter- und Bauernstaates aktiv mitzuwirken bei der Verwirklichung der Interessen der Werktätigen, warum das nicht in vollem Umfange gelungen ist, und wie vorhandene Schwächen überwunden werden können.

In der Einleitung des Entwurfs für unser neues Statut wird unter den Errungenschaften, die auf der Grundlage der Bodenreform und der Schaffung des Volkseigentums verwirklicht wurden, auch ausdrücklich die demokratische Justizreform genannt.

Demokratische Justizreform, Genossen, das bedeutet in erster Linie, daß vom Jahre 1945 an systematisch neue Kader von Richtern und Staatsanwälten vor allem aus den Reihen der Werktätigen, die aus den Betrieben kamen, herangebildet wurden. Mit Hilfe dieser